

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

08. November – 15. November 2024

In der Scheinbeschäftigungsaffäre im Europaparlament fordert die Staatsanwaltschaft fünf Jahre Haft, davon zwei Jahre ohne Bewährung, sowie ein fünfjähriges Amtsverbot für Marine Le Pen. Die Staatsanwaltschaft fordert, dass diese Strafe auch im Falle einer Berufung sofort vollstreckt wird, was die Abgeordnete des *Rassemblement National* aus Pas-de-Calais für die Präsidentschaftswahlen 2027 disqualifizieren könnte. Am Montag, dem 18. November, kann die Verteidigung ihr Plädoyer halten.

Die Nationalversammlung hat den ersten Teil des Haushaltsgesetzes 2025, der die Einnahmen betrifft, am Dienstagabend, dem 12. November, abgelehnt. Der ursprünglich von der Regierung vorgelegte Text wurde in den Ausschussberatungen 3.500-mal geändert. Vor allem die linke Neue Volksfront hatte diese Änderungen eingebracht. Bei der Abstimmung am Dienstag verurteilte das Regierungsbündnis einen „entstellten“, „unrealistischen und unverantwortlichen“ Text, aus dem insbesondere der französische Beitrag zum Haushalt der Europäischen Union gestrichen worden war. Nach der Ablehnung der Änderungen wurde der ursprüngliche Text des Haushaltsentwurfs an den Senat weitergeleitet. In der Zwischenzeit hat Premierminister Barnier am Donnerstag, dem 14. November, angekündigt, dass er den Haushalt angesichts der schwierigen Debatten „wahrscheinlich“ mit Hilfe des Artikels 49.3 der Verfassung verabschieden werde, der eine Verabschiedung des Textes ohne Abstimmung ermöglicht.

Die Ankündigung zur Anhebung der Renten durch den Fraktionsvorsitzende der *Droite Républicaine* in der Nationalversammlung, Laurent Wauquiez sorgt für politische Unruhe. Wauquiez hatte am Montag, dem 11. November, in den 20-Uhr-Nachrichten (vergleichbar mit der Tagesschau in Deutschland) angekündigt, dass ab dem 1. Januar 2025 alle Renten erhöht werden. Usus in Frankreich ist es, dass solche Ankündigungen durch den Haushalts- oder Premierminister gemacht werden. Laut Wauquiez werden alle Renten um die „Hälfte der Inflation“ angehoben, und Mitte nächsten Jahres werden die kleinsten Renten noch einmal erhöht. Laut Wauquiez werden die Kosten für die Aufwertung der Renten zwischen € 500 Millionen und € 1 Milliarde liegen. Finanziert werden soll die Aufwertung durch die Rationalisierung der „Verwaltungsbürokratie“ durch die Zusammenlegung verschiedener staatlicher Organisationen.

Innenminister Bruno Retailleau und Justizminister Didier Migaud haben am Freitag, dem 8. November, neue Maßnahmen im Kampf gegen den Drogenhandel präsentiert. Die beiden Minister wollen insbesondere die polizeilichen und justiziellen Mittel zur Bekämpfung des Drogenhandels verstärken. Zu den Maßnahmen gehören u.a. zusätzliche Ermittlungsmöglichkeiten (Schaffung einer Anti-Drogen-Staatsanwaltschaft), eine verstärkte internationale Zusammenarbeit und die Möglichkeit, bei Jugendlichen ab 16 Jahren und bei schweren Straftaten, die Entschuldigung der Minderjährigkeit auszuschließen.

Nach dem angekündigten Stellenabbau beim Reifenhersteller Michelin und der Supermarktkette Auchan in der vergangenen Woche rechnet Industrieminister Marc Ferracci mit weiteren Standortschließungen und dem Verlust Tausender Arbeitsplätze „in den kommenden Wochen und Monaten“. Der Minister kündigte einen Notfallplan für den Automobilsektor an und sprach sich für einen „Ansatz zur Unterstützung der europäischen Automobilindustrie“ aus. Als Maßnahmen wurden u.a. eine europaweite Umweltprämie und eine gemeinsame europäische Anleihe zur Finanzierung von Unterstützungsmechanismen für die Branche genannt.

Das Fußballspiel Frankreich-Israel am Donnerstag, den 14. November, stand unter sehr hohen Sicherheitsvorkehrungen. Fast 4.000 Polizisten und Gendarmen waren in Paris und rund um das Stadion Stade de France mobilisiert. Obwohl das Stadion über 80.000 Plätze verfügt, wurden nur 20.000 Tickets verkauft. Neben Präsident Macron und Premierminister Barnier verfolgten auch die ehemaligen Präsidenten Hollande und Sarkozy und der ehemalige Premierminister Valls das Spiel im Stadion.



PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Der 29-jährige Vorsitzende des Rassemblement National, Jordan Bardella, hat unter dem Titel „Ce que je cherche“ (Was ich suche) seine Autobiographie veröffentlicht. Darin berichtet er unter anderem ausführlich über seine politischen Anfänge und seinen persönlichen Werdegang. Gleichzeitig bekräftigt Bardella seinen Wunsch nach einer geeinten und patriotischen Rechten in Frankreich. Sein Buch, das sich bereits als Verkaufserfolg abzeichnet, wurde mit einer großen Werbekampagne vermarktet. Die französische Eisenbahn (SNCF) und die Pariser Verkehrsbetriebe (RATP) wehren sich jedoch dagegen, dass das Buch in einigen ihrer Bahnhöfe beworben wird. Diese Entscheidung wurde vom Verlag Fayard angefochten.

3
0
2
8
4
6
5
7
5
4
3
1
2
9
2
0
1
6
2
7

DIE ZAHL DER WOCHE

55 %

So viele Franzosen sind laut einer Ipsos-Umfrage vom September 2024 mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden. Schuld daran seien die Auflösung der Nationalversammlung und die vorgezogenen Parlamentswahlen im Juni und Juli, die nicht, wie von Präsident Macron gewünscht, für Klarheit gesorgt haben, sondern nach Ansicht der Befragten nur zu mehr Verwirrung geführt haben. Die Umfrage zeigt aber auch, dass die Franzosen nach wie vor an die Nützlichkeit von Wahlen glauben: 70 % sind der Meinung, dass sie „durch ihre Stimme bei den Wahlen etwas bewirken können“.